



öffentlich

Betreff:
WagenHausBurg Hermannswerder

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 17.10.2011

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.11.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in die Gespräche der Verwaltung mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der WagenHausBurg auf Hermannswerder die Option der Erweiterung der bisher in Rede stehenden Frist von fünf Jahren für die Verlängerung des bestehenden Mietvertrages sowie die Prüfung der Voraussetzungen für eine dauerhafte Lösung an diesem Standort aufzunehmen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Wohnprojekt „WagenHausBurg“ wurde 2001 auf Initiative der Stadt, getragen durch die AWO, vom Lerchensteig nach Hermannswerder umgesiedelt.

Seitdem hat sich dieser Standort stetig zu einem kulturellen Anlaufpunkt, der vor allem von Familien, aber auch von einer breiten Öffentlichkeit angenommen wird, entwickelt.

Die in dem 2001 mit der Stadt abgeschlossenen Pachtvertrag festgeschriebene Prüfung des Abschlusses eines Erbbaurechtsvertrages wurde jetzt von der Verwaltung abschlägig beschieden.

Eine Verlängerung des Pachtvertrages wurde auf 5 Jahre zeitlich begrenzt in Aussicht gestellt.

Damit fehlt nach wie vor der Vorschlag für eine dauerhafte Lösung.

Die Argumente der „WagenHausBurg“-Bewohnerinnen und -Bewohner, dass mit einem 5-Jahresvertrag wichtige und notwendige Investitionen nicht zu realisieren und entwickelte Konzepte nicht umsetzbar sind, sollte ernst genommen werden.

Die von den Bewohnerinnen und Bewohnern signalisierte Gesprächsbereitschaft sollte für das Finden einer dauerhaften Lösung genutzt werden.